



Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Rathausstraße 11
58095 Hagen

Telefon: 02331 207-5529

Fax: 02331 207-5530

E-Mail: fraktion@fraktion-hagen-aktiv.de

Internet: www.fraktion-hagen-aktiv.de

Hagen, 27. September 2010

Pressemitteilung (PM 013/2010)

„Haushaltssicherungskonzept 2011: Verwaltung in der Pflicht“ Stellungnahme des Fraktionsvorsitzenden Dr. Josef Bücker

Die erste Bürgerversammlung hat gezeigt, dass wir - die Bürger - uns für eine aktive Gestaltung unserer Zukunft interessieren. Für Haspe wünschen wir uns eine ähnlich starke Resonanz. Wir begrüßen sehr, dass der Oberbürgermeister die Bürgerinnen und Bürger erstmals in die Haushaltsberatungen unserer Stadt einbezieht, so wie Hagen Aktiv es seit Jahren fordert. Das mittelfristige Ziel muss allerdings die Erstellung eines Bürgerhaushalts sein, so wie z.B. in Köln, Essen oder Solingen.

Nicht nur die Bürger auch Hagen Aktiv nimmt ein Ungleichgewicht zwischen den Sparmaßnahmen beim Bürger und bei der Stadtverwaltung wahr. Eine Beteiligung der Bürger ist bei einzelnen Maßnahmen sicherlich sinnvoll und unumgänglich. Wir sind jedoch überzeugt, dass zahlreiche Maßnahmen eine zu hohe Belastung darstellen und mittelfristig zu weitaus höheren Folgekosten führen werden. Des Weiteren ist zu beachten, dass alltägliche Mechanismen wie Lohnerhöhungen, Zinsänderungen, zusätzliche Betriebs- und Unterhaltskosten sowie fragwürdige Investitionen das Sparpaket zusätzlich belasten und noch mehr abschmelzen werden.

Da die Stadtverwaltung aktiv in die Arbeitsprozesse der Zukunftskommission eingebunden war und ist, sehen wir den Konzern Stadt weiterhin in der Pflicht seinen Anteil an der Haushaltskonsolidierung zu übernehmen. Vor allem in den Bereichen Personal und Interkommunale Zusammenarbeit, aber auch bei der Mitgliedschaft im Regionalverband Ruhr (RVR) sehen wir ungenutzte Potentiale.

Im Personalbereich hat die Zukunftskommission ein Einsparpotential von 33 Mio. Euro ermittelt. Das HSK 2011 sieht derzeit jedoch lediglich 22 Mio. Euro vor und dies mit einer Fristverlängerung bis zum Jahr 2020. Insgesamt also 11 Mio. Euro jährlich weniger. Wird hier die Stadtverwaltung bewusst verschont? Oder haben die Experten der Zukunftskommission, in der auch Vertreter der Stadt Hagen eingebunden waren, im Vorfeld nur unzureichend kalkuliert? Ein Betrag von 11 Mio. Euro würde nahezu alle Sparmaßnahmen in den Bereichen Soziales und Sport sowie Kultur kompensieren.

Weiteres Einsparpotential bietet ein Bauverzicht bei der Bahnhofshinterfahung, die wirtschaftlich äußerst bedenklich ist. Aber auch ökologisch kaum bis gar keine Vorteile bietet. Über die nächsten

zehn Jahre werden Eigenmittel von über 20 Mio. Euro gebunden. Das bedeutet, dass die Stadt währenddessen keine anderen Investitionen in die Infrastruktur unserer Stadt tätigen kann. Nach Fertigstellung der Bahnhofshinterfahung werden zudem Unterhaltskosten in Höhe von 2 Mio. Euro die Stadt jährlich belasten. Dieses Szenario würde die derzeitigen Bemühungen um eine Reduzierung des strukturellen Defizits konterkarieren. Hat die Stadt diese Entwicklung bereits im HSK berücksichtigt? Welche Maßnahmen werden dieses bereits vorhersehbare Defizit zukünftig kompensieren? Und wie bewertet die Stadt die Studienergebnisse der Stuttgarter Studenten, die eine Aufwertung des Stadtteils Wehringhausen OHNE Bahnhofshinterfahung erarbeitet haben?

In der „Interkommunalen Zusammenarbeit“ werden Synergieeffekte in Höhe von 1,5 Mio. Euro veranschlagt. Hagen Aktiv begrüßt die Kooperation mit anderen Kommunen ausdrücklich, allerdings kann diese Summe nur das Minimalziel für unsere Verwaltung darstellen. Eine Spanne zwischen 5 bis 7 Mio. Euro erscheint uns realisierbar. Wie kommen wir dazu? Die Stadt Hagen ist Mitglied im Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“. Eine Gemeinschaft aus NRW-Kommunen, die alle mit defizitären Haushalten konfrontiert sind. Anstatt in der Öffentlichkeit werbewirksam Benchmarks einzufordern, fordern wir alle Fraktionen auf, sich auf dem kurzen Dienstweg mit den Kollegen aus anderen Kommunen in Verbindung zu setzen und in einer gemeinsamen Aktion, Druck auf die jeweiligen Kommunalverwaltungen auszuüben. Es gilt sämtliche Potentiale – zumindest in denen man nicht unmittelbar im Wettbewerb zueinander steht - auszuschöpfen. Hierzu zählen vor allem betriebswirtschaftliche Kennzahlen, die jede Verwaltung in die Lage versetzt, eine Kommune richtig und insbesondere effizient zu steuern. Gerne werden wir diesen Prozess aktiv begleiten und die jeweiligen Wählergemeinschaften in den Kommunen ebenfalls kontaktieren.

„Heilige Kühe“ wie die Mitgliedschaft im Regionalverband Ruhr (RVR) gilt es, ebenfalls kritisch zu hinterfragen. Stand heute zahlt die Stadt Hagen jährlich 1,6 Mio. Euro in den RVR ein und erhält 0,1 Mio. Euro an Zuwendungen zurück. Das jährliche Defizit in Höhe von 1,5 Mio. Euro entspricht fast 1% des strukturellen Haushaltsdefizits der Stadt. Aufgrund der finanziellen Probleme beim RVR ist zudem wahrscheinlich, dass der Mitgliedsbeitrag mittelfristig ansteigen und somit das Defizit der Stadt Hagen erhöhen wird. Aufgrund der jetzigen Haushaltslage sehen wir hier akuten Handlungsbedarf. Für unsere Stadt wünschen wir uns von den Befürwortern eines RVR-Verbleibs entsprechende Weitsicht. Nur mit einer Kündigung werden wir in der Lage sein, langfristig Kosten einzusparen bzw. die Landesregierung dazu zu bewegen, das RVR-Gesetz zu novellieren und somit für mehr Transparenz und Gleichbehandlung im RVR zu sorgen.

Allein die voran genannten Punkte bieten langfristig ein Einsparvolumen in Höhe von bis zu 20 Mio. Euro - und zwar jährlich. Nutzen wir gemeinsam diese Chance, denn dann hat Hagen eine Zukunft.